

# Gemeinde Bestwig

## Beglaubigter Beschlussauszug

öffentliche/~~nichtöffentliche~~ Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig vom  
16.12.2015

### Top 16 Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2016

Zur Beratung und Entscheidung gelangt der Sachverhalt gemäß Verw.-Vorlage Nr. 090/2015 (2. Änderungsliste).

**Bürgermeister Ralf Péus** verweist zunächst auf die Verw.-Vorlagen Nr. 060/2015 und 086/2015 (1. Änderungsliste). Der Entwurf der Haushaltssatzung wurde am 11.11.2015 eingebracht und in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.12.2015 – nach Vorstellung in einer gemeinsamen Sitzung der Mitglieder des Rates / der Ausschüsse am 20.11.2015 – beraten.

Sodann erteilt Bürgermeister Ralf Péus dem **Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Winfried Gerold**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, verehrte Gäste, besonders möchte ich die anwesenden Kolleginnen und Kollegen unserer Partnergemeinde Niederorschel begrüßen.

In diesem Jahr, dem zweiten Jahr in der Haushaltssicherung, hat uns der Bürgermeister einen Entwurf vorgelegt, der im Ergebnisplan ein Defizit von 2,1 Mio. € aufweist. Eine Dimension, die wir bisher alle noch nicht kannten. Gründe gibt es eine ganze Reihe, die meisten davon liegen jedoch nicht im Verantwortungsbereich unserer Gemeinde:

Zum einen haben wir es mit weiter einbrechenden Schlüsselzuweisungen zu tun: Der bereits niedrige Wert aus dem Vorjahr geht nochmals deutlich zurück und ist mit 620.000 € inzwischen weit hinter dem Aufkommen aus der Grundsteuer zurückgefallen.

Wie in jedem Jahr muss ich auch in diesem Jahr wieder auf die ungerechte Einwohnerberechnung hinweisen. Der Großstadtbewohner ist dem Land NRW immer noch 60 % mehr wert ist als ein Bürger aus der kleinen Gemeinde Bestwig. Die im politischen Jargon benannte „Einwohnerveredelung“ hat mit edel nun wirklich nichts zu tun.

Es handelt sich um eine klare Bevorzugung des städtischen Raums mit der Stammwählerschaft der Landesregierung. Eine Korrektur dieser Verteilung ist bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen in Düsseldorf sicher nicht zu erwarten.

Bei der Kreisumlage geht es nur bergauf. Inzwischen müssen wir hierfür 6,6 Mio. € veranschlagen. Seit 2014 hat sich dieser Betrag damit um mehr als 1,4 Mio. € erhöht. Der Anteil des Jugendamtes an dieser Summe steigt aufgrund steigender Fallzahlen und Standards dabei überproportional stark an, so dass wir auch in Zukunft mit steigenden Beträgen rechnen müssen.

Auch wenn die Gewerbesteuer auf den für uns erfreulichen Betrag von etwa 5,5 Mio. € veranschlagt werden kann, bleibt das Aufkommen im Vergleich zu Nach-

barkommunen gemessen an der Einwohnerzahl unterdurchschnittlich.

Regelmäßige Erhöhungen der fiktiven Steuersätze durch das Land zwingen uns, zur Vermeidung weiterer Einnahmeverluste unsererseits mit Erhöhungen von Grund- und Gewerbesteuern im gleichen Takt nachzuziehen. Diese Erhöhungen belaufen sich bei der Grundsteuer B tatsächlich lediglich auf 1,29 % und bei der Gewerbesteuer um 0,44 %.

Auch die zeitlich nachlaufende Zahlung der Gewerbesteuerumlage an das Land trifft uns nach den steigenden Gewerbesteuereinnahmen der vergangenen Jahre in 2016 besonders hart.

Auch die weiteren Ausgaben werden ebenfalls weiter steigen:

Bereits im letzten Jahr wurde der Asylhaushalt aufgestockt. Die Landesregierung hat eine für die Kommunen auskömmliche Finanzierung, also die Weitergabe der durch den Bund bereitgestellten Pauschalen, zugesagt.

Inwieweit dies auch geschieht oder das Land mit den bekannten klebrigen Fingern nicht einen Teil einbehält, wird sich noch zeigen. Die veranschlagten 250.000 € Zuschussbedarf sind daher nur eine grobe Schätzung mit vielen Unbekannten.

Insgesamt ist die diesjährige Flüchtlingswelle in unserer Gemeinde bisher gut gemeistert worden. Hier kam uns der in Velmede-Bestwig und Ramsbeck vorhandene Wohnungsleerstand zugute, wodurch mit der ehem. Förderschule in Ostwig bisher erst eine Massenunterkunft belegt werden musste.

Wie sich die Zahl der Flüchtlinge und vor allem die Familiennachzügler von anerkannten Asylbewerbern entwickeln wird, können wir genau wie die Kanzlerin noch nicht abschätzen. In jedem Fall werden wir aber mit weitem Mitbürgerinnen und Mitbürgern rechnen, die es zu integrieren gilt. Diese Aufgabe kann eine Gemeindeverwaltung natürlich nicht allein meistern:

Wir möchten uns in diesem Zusammenhang herzlich bei den vielen ehrenamtlichen Helfern und Dorfgemeinschaften bedanken, die bei Erstversorgung und Integration der Flüchtlinge eine ganz wichtige Rolle einnehmen.

Die Erweiterung des Stellenplans um eine auf 2 Jahre befristete halbe Stelle zur zusätzlichen Unterstützung findet in diesen turbulenten Zeiten ebenfalls unsere Zustimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Haushaltssicherungskonzept muss wie in jedem Jahr mit aktualisierten Werten fortgeschrieben werden. Danach ist im Jahr 2025 immer noch ein kleines Plus von 46.000 € dargestellt und wäre damit genehmigungsfähig.

Die vom Land vorgesehenen Möglichkeiten, für die, ich nenne es mal „Schönrechnung“, lassen ein Haushaltssicherungskonzept in diesen 10-Jahres-Zeitraum auch ohne größere notwendige Konsolidierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen durchstehen.

Dass am Ende des Haushaltssicherungskonzeptes in 9 Jahren tatsächlich ohne weitere strukturelle Maßnahmen ein Plus stehen soll, kann ich mir bei der aktuellen Entwicklung der großen Kostenblöcke im Haushalt nicht vorstellen.

Die durch das Land ermöglichte Einbeziehung von Wachstumsraten in ein Haushaltssicherungskonzept erlauben jedoch diese Berechnung, die von unserem Kämmerer seriöserweise noch nach unten korrigiert wurde. Auch der prognostizierte überdurchschnittliche Rückgang der jungen Bevölkerung mit in der Folge sinkendem Anteil an Einkommenssteuern und Schlüsselzuweisungen findet in den Berechnungen keine Berücksichtigung. Jede kleine Konjunkturkrise, wie sie in den Wirtschaftszyklen immer wieder auftritt, kann dieses Konzept zu Fall bringen.

Der dann folgende Nothaushalt lässt als Folge die wenigen durch die Gemeinde beeinflussbaren Einnahmequellen wie die Grund- und Gewerbesteuer in bisher ungeahnte Höhen schnellen.

In diesem Jahr wird die Grundsteuer B wie gesagt lediglich um 1,29 % erhöht.

Um die für 2016 prognostizierten Fehlbeträge durch die Grundsteuer B zu kompensieren, müsste sie tatsächlich sogar um 257 % steigen. Das würde einen Hebesatz von 1200 v.H. bedeuten.

Dimensionen, denen sich z.B. die Stadt Altena mit einem Hebesatz von 910 v.H. in 2016 bereits annähert und die Bürger so finanziell sehr stark belastet.

Auch in den nächsten Jahren werden laut Finanzplanung jeweils durchschnittlich fast 1 Mio. € fehlen, wonach ein ähnlicher Steuersatz wie bereits jetzt in Altena notwendig wäre.

Ohne einschneidende Veränderungen werden wir unser Eigenkapital weiter aufzehren, welches größtenteils in Gemeindestraßen und Gebäuden wie Schulen oder Rathaus gebunden ist.

Seit dem Beginn des NKF (Neues Kommunales Finanzmanagement) im Jahr 2006 werden wir bis 2019 unser Eigenkapital bereits halbiert haben.

Allein mit Einsparungen bei freiwilligen Leistungen können wir diese Fehlbeträge nicht kompensieren. Je früher wir also weitere sinnvolle strukturelle Veränderungen einleiten, desto weniger belasten wir die nachfolgende Generation.

Wie bereits in den letzten Haushaltsreden ausgeführt, sollten aus meiner Sicht nach den guten Erfahrungen mit der touristischen Arbeitsgemeinschaft, der Hochsauerlandwasser GmbH und der HochsauerlandEnergie weitere Schritte der interkommunalen Zusammenarbeit gegangen werden.

Viele erfolgreiche Beispiele der Zusammenarbeit gibt es bereits, ohne dass die Selbständigkeit der beteiligten Kommunen aufgegeben wurde.

Daher meine Bitte an die Verwaltung, kreativ und ohne Vorbehalte diese Möglichkeiten zu nutzen.

Blaupausen aus anderen Kommunen, in denen Kosten ohne Einschränkung von Service und Leistungen für die Bürgerschaft eingespart werden konnten, gibt es bereits.

Auf politischer Ebene stoßen wir bei Gesprächen mit den Mehrheitsfraktionen unserer Nachbarkommunen jedenfalls auf offene Ohren. Aufgrund der alles andere als positiven Rahmenbedingungen ist es jedoch heute unsere Aufgabe, die verfügbaren Mittel zukunftsweisend einzusetzen.

Sinnvolle Investitionen werden im kommenden Jahr durch die Mittel aus dem KIn-vFöG (Kommunales-Investitions-Förder-Gesetz) erleichtert:

Im Feuerwehrgerätehaus Bestwig kann die marode Heizung sowie die seit Jahren fällige Fensterfront des Schulungsraumes erneuert werden.

Auch der Austausch der Fenster in der Grundschule Ramsbeck hilft, die Betriebskosten durch Energieeinsparungen zukünftig zu reduzieren.

Alle Investitionen, die sich langfristig auszahlen werden.

So wie sich auch die nächste Investition auszahlen wird:

Eine hochwertige und flächendeckende Breitbandversorgung ist ein immer wichtiger werdender Faktor.

Im Ruhrtal als dichtbesiedeltem Bereich gehen wir davon aus, dass die Netzbetreiber aus eigenem Interesse den weiteren Ausbau forcieren werden. Für die unterversorgten Ortschaften wie Andreasberg und Berlar haben wir bereits im Gemeindeentwicklungsausschuss mehrheitlich die Beantragung einer Förderung im Rahmen des GAK-Programms beschlossen. Aber auch bei den kleineren unterversorgten Ortschaften möchten wir am Ball bleiben und mögliche Ausbauförderprogramme ermitteln.

Die Sicherung von Betrieben und Arbeitsplätzen vor Ort ist für unsere Gemeinde von elementarer Bedeutung. Eine schnelle Breitbandanbindung ist inzwischen

selbst für Handwerksbetriebe wichtig.

Für die Gewerbegebiete, hier im Besonderen das „Wiemecker Feld“ und „Kleiner Öhler“, ist aufgrund der Entfernung zum Netzknoten in Bestwig nur eine sehr geringe Bandbreite verfügbar.

Nach ersten Erkundigungen ist ein Ausbau aufgrund der dortigen Voraussetzungen förderfähig. Davon ausgehend, dass möglichst zeitnah im Jahr ebenfalls unter Federführung des HSK ein Markterkundungsverfahren und ein sich anschließendes Förderverfahren für die bessere Breitband-Ausstattung von Gewerbegebieten initiiert wird, möchte die CDU-Fraktion hier vorbeugen, um sofort handlungsfähig zu sein.

Aus diesem Grund soll für die Deckung einer dann notwendig werdenden Co-Finanzierung das für den Breitbandausbau beantragte und in der Veränderungsliste bereits enthaltene Budget in Höhe von 18.000 € für das Jahr 2016 um 15.000 € auf 33.000 € erhöht werden.

Wir möchten die Verwaltung beauftragen, bis zur nächsten Sitzung des Gemeindeentwicklungsausschusses Bedarfsabfragen bei den Betrieben durchzuführen sowie in Verbindung mit dem Hochsauerlandkreis und der Bezirksregierung eine Auswahl möglicher weiterer geeigneter Förderprogramme zu treffen. Mit den bereitgestellten Mitteln ist somit die Handlungsfähigkeit für einen Ausbau optimaler Weise noch in 2016 gegeben.

Sollten sich förderfähige Ausbaumöglichkeiten auch an anderen Stellen ergeben, behalten wir uns die Beantragung eines Nachtrags zum Haushalt im kommenden Jahr vor, um dieses wichtige Zukunftsthema weiter vorantreiben zu können.

Das Sportstättenkonzept, welches soeben verabschiedet wurde, enthält ein eindeutiges Bekenntnis zu unseren Sporthallen. Sie werden allesamt gut genutzt und sollen daher in ihrem Bestand gesichert werden.

Größerer Sanierungsbedarf wurde nur in der Turnhalle Nuttlar identifiziert. Nach der diesjährigen Flachdachsanierung soll aus Mitteln des kommunalen Investitionsförderungsgesetzes auch die Außenwand noch gedämmt werden. Bei der ebenfalls erforderlichen Sanierung der Duschen erwarten wir vom Alleinnutzer, dem TuS Nuttlar, entsprechende Beteiligung. Das entspricht genau der Praxis, wie der TV Germania Ostwig „seine“ Turnhalle ebenfalls in einen hervorragenden Zustand versetzt hat und diesen auch erhält.

Dass es sich bei Bereitstellung und Betrieb von Sporthallen jedoch zu einem großen Teil um freiwillige Leistungen und nicht gesetzlich auferlegte Verpflichtungen handelt, ist uns bewusst. Beteiligungen wie Eigenleistungen durch die nutzenden Vereine werden daher benötigt, um auch mittelfristig auf die in vielen Kommunen bereits üblichen Benutzungsgebühren verzichten zu können.

Bei der Schwimmhalle in Ramsbeck ist ein weiterer Betrieb aus unserer Sicht jedoch nicht mehr verantwortbar. Ganze 15 Stunden wurde das Bad im letzten Jahr außerhalb des Schulschwimmens genutzt. Hierfür das Becken mit der für den Betrieb nötigen Energie zu versorgen, ist aus finanziellen wie auch ökologischen Gründen nicht mehr verantwortbar.

Nach inzwischen erfolgten Gesprächen mit der Schulleitung möchten wir der Grundschule in Ramsbeck jedoch noch ausreichend Zeit einräumen. Diese wird für die Organisation und Lehrerausbildung aufgrund noch ausstehender Qualifikationen für ein Schulschwimmen in der Schwimmhalle Velmede benötigt.

Das Bad soll damit zum Beginn der Herbstferien im kommenden Jahr endgültig geschlossen werden, sofern keine größeren Schäden eine frühere Schließung erfordert. Schulleitung und Gemeindeverwaltung haben dadurch auch die Möglichkeit das Schulschwimmen der Ramsbecker Kinder im Schwimmbad Velmede ab Herbst 2016 mit ausreichendem Vorlauf zu planen und zu organisieren.

Ohne jetzt auf weitere Details einzugehen, findet der Haushaltsentwurf des Bürgermeisters mit den vorgeschlagenen Änderungen unsere Zustimmung. Kurzfristig-

ges Einsparpotenzial in größerem Umfang konnten wir nicht ermitteln.

Zur Ehrenrettung unserer Gemeinde sei aber noch gesagt: Wir stecken nicht allein in dieser finanziellen Misere. Auffällig ist nur, dass besonders in Nordrhein-Westfalen die meisten Kommunen ähnliche Probleme haben. Das hat also vermutlich auch mit einer langanhaltenden Landespolitik zu tun, die die Kommunen zwar immer mit neuen Aufgaben belastet, selten aber die dafür benötigten Finanzmittel in der benötigten Höhe zur Verfügung stellt.

Diese Erkenntnis tröstet zwar, hilft uns aber leider nicht weiter. Vor allem entbindet sie uns nicht von der Verantwortung des Rates für die Gemeinde.

Trotz alledem:

Unsere Gemeinde ist nach wie vor ein attraktiver Wohnort mit gutem Sport und Kultur- und Freizeitangebot und schnellen Verkehrsanbindungen. Der Autobahnbau schreitet weiter voran und wird in wenigen Jahren den für die Anwohner belastenden Durchgangsverkehr deutlich reduzieren.

Es ist also bald an der Zeit, gute Ideen für, ich nenne es mal „Bestwig 2025“, zu sammeln.

In diesem Sinne möchte ich meine Ausführungen beenden und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Bürgermeister Ralf Péus sowie Kämmerer Klaus Kohlmann an der Spitze für die gute Arbeit in diesen turbulenten Zeiten herzlich danken.

Auch den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion wie auch unserem Piraten Julius Hahn herzlichen Dank für die konstruktive Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sodann nimmt der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Thomas Liedtke**, zur Haushaltssatzung und zu den Anlagen Stellung. Er hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist auch für mich ein Novum, in einem Kalenderjahr zwei Haushaltsreden zu halten. Nach der Verabschiedung des laufenden Haushaltes im Februar 2015 kommen wir in vorweihnachtlicher Zeit zusammen, um heute den Haushalt 2016 zu beschließen. Das geschieht mitten im Advent, ein Wort, das mit auch Ankunft übersetzt wird. Angekommen im wahrsten Sinn des Wortes sind auch über 250 Flüchtlinge aus vielen Nationen in der Gemeinde Bestwig, die hier erst einmal nicht ohne Not ein neues Zuhause gefunden haben. Die Unterbringung und humanitäre Hilfe für diese Menschen ist ein regelrechter Kraftakt und zugleich weitere Herausforderung für unsere Gemeinde. Dass diese Aufgabe bislang so vorzüglich bewältigt werden konnte, ist den verantwortlichen Mitarbeitern aus der Verwaltung und den zahlreichen ehrenamtlichen Helfern zu verdanken. Ihnen gebührt Lob und Anerkennung für dieses besondere Engagement. Selbstverständlich hat diese Situation auch Folgen für den Etat der Gemeinde Bestwig.

Für den Haushaltsplan 2016 zeichnen sich durch die weitere Zuweisung von Asylsuchenden Mehrausgaben ab, die durch die Kostenerstattung von Bund und Land nicht kompensiert werden können. Ferner steht im Zusammenhang mit den Flüchtlingen ein erhöhter Personalbedarf im Bürgeramt an, der der SPD-Fraktion

gut begründet erscheint. Hierdurch fallen höhere Personalkosten für eine halbe - für 2 Jahre - befristete Stelle an. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang erwähnen, dass auch in Bestwig Beratungen über die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte stattgefunden haben, die jedoch nicht sofort eingeführt werden soll. Bestwig verhält sich mit dieser Entscheidung so, wie eine Vielzahl von Kommunen im Hochsauerlandkreis. Die weiteren Erfahrungen mit Praxisbezug sollten aus unserer Sicht abgewartet werden, bevor das Thema erneut behandelt wird.

Aufgrund der rückläufigen Schlüsselzuweisungen durch das Land und gleichzeitig hoher Transferaufwendungen wie Kreis- und Jugendamtsumlage wird es in 2016 nur einen ausgeglichenen Haushalt geben, in dem der Fehlbetrag von 2,15 Mio. Euro der Allgemeinen Rücklage entnommen wird. Diese höchst unerfreuliche Tatsache erforderte eine disziplinierte Ausgabenkontrolle, um die Anforderungen des Haushaltssicherungskonzeptes erfüllen zu können. Denn: Der Haushaltsausgleich muss im Rahmen der jährlichen Fortschreibungen bis zum Jahr 2025 erreicht werden.

Genau aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion gewisse Positionen im Haushaltsplan 2016 hinterfragt, wie z.B. Umstellung der Heizung im Sportheim Bestwig, Stand der Rücklage für Fahrzeuganschaffungen der Feuerwehr, Investitionen für das Kindergartengebäude Ramsbeck, Straßenbaumaßnahmen Zum Loh (KAG und Erstausbau), Dorfplatzsanierung in Ramsbeck und Härteausgleichsregelung SGB II / KdU.

Alle Ausgabenansätze wurden verwaltungsseitig erläutert, begründet und realistisch dargestellt.

Die Maßnahmen nach dem Kommunalinvestitionsfördergesetz für das Feuerwehrgerätehaus Bestwig und die Grundschule Ramsbeck sind einstimmig beschlossen worden und benötigen somit keine weiteren Kommentierungen.

Der von der Verwaltung aufgestellte Entwurf des Haushaltsplanes 2016 und das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept sind somit nach unserer Auffassung äußerst knapp gerechnet, erfordern in der Umsetzung allerdings eine strikte Einhaltung der Kosten.

Ein verlockendes zusätzliches Einsparungspotential von 10.000 Euro, das sich nach der Auffassung der CDU-Fraktion bei einer sofortigen Schließung des Lehrschwimmbeckens in Ramsbeck ergeben würde, erteilen die Sozialdemokraten eine klare Absage. Im Bürgerausschuss war immer nur die Rede von zukünftig anfallenden Investitionen und nicht die jährlichen Bewirtschaftungskosten des Schwimmbads in Ramsbeck. Aber wieder einmal die Gelegenheit für die CDU nach 2005 und 2012, das ungeliebte Schwimmbad endlich zu schließen. Die Öffentlichkeit in Ramsbeck und auch der Schulleiter der Grundschule sehen das wohl anders. Ich möchte hier nur auf neu entstehende Schülerfahrtkosten in einem nicht unbeträchtlichen Umfang und die Verringerung der Nettoschwimmzeit der Erst- und Zweitklässler hinweisen. Unterm Strich zerplatzt da möglicherweise ganz schnell eine Seifenblase, Ausgaben einzusparen allerdings auf Kosten anderer, der Schüler. Im Sportstättenkonzept hat die Verwaltung immer für Investitionen die Option kurz-, mittel - und langfristig ausgegeben. Kurzfristig heißt im Klartext für die Bestwiger SPD: nicht sofort.

Eine weitere vorgesehene Ausgabe hat der Gemeindeentwicklungsausschuss am 25.11.2015 beschlossen. Hier geht es um den Ausbau der Breitbandversorgung für die Ortsteile Andreasberg und Berlar, dem die SPD-Fraktion in der Sache nicht zugestimmt hat, die Bereitstellung der Finanzmittel allerdings nicht kritisch für die Haushaltsverabschiedung 2016 sieht. Darauf hatte ich am 02.12.2015 schon hingewiesen. Ungeachtet der Befürwortung auch in den eigenen Parteigliederungen

in Bund und Land hat sich die SPD-Fraktion in Bestwig auf lokaler Ebene vorerst gegen eine Finanzierungsbeteiligung für den Ausbau und Verbesserung der Breitbandversorgung ausgesprochen. Unsere Gründe aus Sicht eines Laien, dieses Vorhaben nicht mit zu tragen, möchte ich Ihnen nun aufzeigen.

- Entwicklung des Bungalowparkes abwarten und eine Erschließung gemeinsam vom Ferienpark bis zur Ortsmitte erreichen. Mögliche Konsequenz: Kosten reduzieren.
- Ein kleiner Kreis privater Nutzer (nicht die Allgemeinheit) wird mit öffentlichen Mitteln bedient. Warum leisten eigentlich nicht die Telekommunikationsunternehmen diese Investition? Letztlich sind doch sie Nutznießer und verdienen am Vertrag.
- Ist es noch zeitgemäß für eine Kommune, die sich in der Haushaltssicherung befindet und sofort „Ja“ ruft, wenn es um Fördermittel geht?
- Ist der Bedarf der Einwohner überhaupt vorhanden? Wollen die Bürger dieses Angebot in Anspruch nehmen? Ist eine Befragung vorausgegangen? Eine vergleichbare Situation gab es seinerzeit in Heringhausen, als es um die Anschlüsse der Gasversorgung bis nach Ramsbeck ging. Hier sind die beteiligten Bürger angesprochen worden.
- Reicht der vorhandene LTE Empfang nicht aus? Liegt eine willkürliche Drosselung der Datenrate vor? Ist das Thema Richtfunk besprochen worden? Kann ein weiterer Funkmast den Empfang verbessern? Die Folge wäre eine kostengünstigere Variante.
- Wie sieht es mit einer Ko-Finanzierung der Bürger aus? So geschehen z.B. in Gevelinghausen (aus den Haushaltsberatungen im Haupt- und Finanzausschuss).
- Werden andere Überlegungen nicht einfach ausgeblendet, wenn es um Fördermittel geht? Müssen wir nicht alle sorgsam mit finanziellen Zuwendungen umgehen? Den Steuerzahler kostet dieses Vorhaben - andere Lösungen unberücksichtigt - schlappe 534.000 Euro. Davon trägt die Gemeinde Bestwig 53.400 Euro (2016 – 2018).
- Möglicherweise ist das Ziel moderne Technik und digitaler Ausbau zu verbessern, in einer anderen Form nicht sofort – aber dafür deutlich günstiger – zu bekommen.

Vor einer Verteilung der Gelder empfehlen wir als SPD-Fraktion den Befürwortern dieses Projektes, sich den Fragen zu stellen.

Die CDU-Fraktion hat mit ihrem Antrag auf die Bereitstellung von 100.000 Euro für die Breitbandversorgung in Gewerbegebieten bei uns keine Begeisterungstürme geerntet. Dieses Mantra für schnelles Internet ist schon einzigartig, zudem damit die künftigen Gewerbesteuererinnahmen der Gemeinde Bestwig abgesichert werden sollen. Hier sehen wir überhaupt keine Notwendigkeit, für gewerbliche Unternehmen die Finanzierungen zu übernehmen. Auch vor dem Hintergrund des finanziellen Spielraums und des Haushaltssicherungskonzeptes halten wir eine solche Idee für völlig absurd. Die Investoren für ein solches Vorhaben sind doch in erster Linie die Telekommunikationsunternehmen und Gewerbebetriebe, die einen entsprechenden Bedarf haben. Dieses und noch einiges mehr hatte ich bereits vorher geschildert.

Die entsprechende nachvollziehbare Gegenfinanzierung des Betrages hatte ich bereits eingefordert. Aus den Eckdaten des Haushaltsplanes lässt sich kein Betrag von 100.000 Euro (Stand 13.12.) darstellen. Die SPD-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen.

Ich möchte noch einmal den Bogen zum Thema Windenergie in der Gemeinde Bestwig schlagen. Am vergangenen Wochenende ist in Paris die Weltklimakonferenz beendet worden. Dort haben 195 Länder ein Weltklimaabkommen gegen die Erderwärmung beschlossen. Gleichzeitig beabsichtigt man in Belgien, zwei technisch nicht sehr sichere Atomkraftwerke wieder hochzufahren.

In Deutschland ist durch die Bundesregierung der Atomausstieg beschlossen worden. Wir sprechen allgemein von der Energiewende, gleichzeitig die Zukunft der regenerativen Energien. Auch wir in Bestwig haben mit der Entscheidung für die Ausweisung weiterer Konzentrationsflächen für die Windenergie damit zu tun. Ob wir das wollen oder nicht. Ob wir Gegner oder Befürworter dieser Anlagen sind. Es gibt keine verbindlichen Parameter, die den Ratsmitgliedern als Entscheidungsgrundlage dienen können. Dennoch möchte ich zum wiederholten Mal unterstreichen, dass sich die Mitglieder der SPD-Fraktion intensiv mit den Sachverhalten befasst haben und sich die Entscheidung nicht leicht gemacht haben. Wir sind zur Amtseinführung als Ratsmitglieder verpflichtet worden, die Aufgaben nach besten Wissen und Können wahrzunehmen und unsere Pflichten zum Wohle der Gemeinde Bestwig zu erfüllen. Des Weiteren sind wir verpflichtet, ausschließlich nach Gesetz und unserer freien Überzeugung zu handeln. Ratsmitglieder sind ferner nicht an Aufträge und Weisungen gebunden.

Ich komme zum Schluss meiner Rede und bedanke mich - auch im Namen der Mitglieder der SPD-Fraktion - bei Bürgermeister Ralf Péus und bei Klaus Kohlmann, unserem Kämmerer.

Vielen Dank aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier im Rathaus für die geleistete Arbeit.

Natürlich auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und an Julius Hahn hier im Rat der Gemeinde Bestwig, ein aufrichtiges Dankeschön für die Zusammenarbeit.

Ich wünsche Ihnen alle friedvolle Weihnachten und ein gutes neues Jahr 2016.

Sodann erteilt **Bürgermeister Ralf Péus** dem **Einzelratsmitglied der Piraten, Herrn Julius Hahn**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
verehrte Gäste aus Niederorschell!

Nicht ganz ein Jahr ist vergangen und es wird wieder Zeit für die alljährliche Haushaltsrede. Es war ein sehr arbeitsintensives und aufregendes Jahr hier im Gemeinderat, welches vor allem durch die Themen Zuwanderung und Windkraft geprägt wurde.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
wie auch im letzten Jahr ist der vorgelegte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 kein Grund zur Freude, auch wenn wir erstmals den Vorschriften der Ge-



meindeordnung NRW gerecht werden und den Haushalt fristgerecht im Vorjahr verabschieden. Das Haushaltssicherungskonzept wurde fortgeschrieben und wir können den Haushaltsausgleich im Jahr 2025, wenn auch knapp, erreichen.

Meine Damen und Herren,

wenn man einen Blick auf die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen wirft, sieht man größtenteils schon, warum der Fehlbetrag im nächsten mit 2,1 Millionen € so hoch sein wird. Ausgehend von ca. 3,4 Millionen € Schlüsselzuweisungen im Jahr 2007 sinken diese im kommenden Jahr auf 621.400 € und damit um ca. 81% (!!)

im Zehnjahresvergleich. Natürlich darf man nicht außer Acht lassen, dass unsere Steuerkraft in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist. Doch wenn zeitgleich immer wieder die Schlüsselzuweisungen durch das Land sinken, kann ein Haushaltsausgleich nicht erreicht werden. Das ist ein Fehler im System, den man kaum einem Bürger erklären kann und den selbst ich bis heute nicht verstanden habe.

Dafür genehmigen sich die Damen und Herren Minister aus Düsseldorf mal eben eine 5,2 prozentige Gehaltssteigerung! Kein Wunder, dass dann kein Geld mehr für die Kommunen übrig bleibt. Deswegen hier von mir nochmal ein Appell nach Düsseldorf, endlich für eine gerechtere Verteilung der Schlüsselzuweisungen zu sorgen. Der „ländliche“ Raum darf nicht durch eine Bevorzugung der Ballungszentren bei den Schlüsselzuweisungen kaputt gespart werden.

Auch die wieder einmal gestiegene Kreisumlage sorgt dafür, dass sich unsere finanzielle Situation im Vergleich zu diesem Jahr noch einmal erheblich verschlechtert. Der Kreistag scheint es sich offenbar einfach zu machen und versucht, seine Fehlbeträge durch eine kontinuierliche Erhöhung der Kreisumlage auszugleichen.

Das Thema Zuwanderung war, wie oben bereits erwähnt, ein sehr prägendes Thema dieses Jahr. Es ist für mich selbstverständlich, Menschen die vor Krieg, Hunger, Bedrohung, Verfolgung, etc. fliehen, bei uns in der Gemeinde aufzunehmen. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine gesellschaftliche und humanitäre Aufgabe, die nicht vernachlässigt werden darf. Natürlich ist die Unterbringung mit nicht unerheblichen Kosten verbunden, diese dürfen aber nur eine untergeordnete Rolle spielen, da wir hier von Menschen sprechen, die vor Tod und großem Leid fliehen. Nichts desto trotz brauchen wir auch hier adäquate finanzielle Unterstützung durch Bund und Land. Das Unterbringungskonzept der Gemeinde ist ausgesprochen gut. Die Flüchtlinge werden in angemieteten Privatwohnungen und damit dezentral in der Gemeinde untergebracht. So können sie sich leichter in unserer Gemeinde integrieren und werden direkt in unserer Mitte aufgenommen.

Auch das Thema Windkraft spielte und spielt eine große Rolle hier im Gemeinderat. So werden auf die Gemeinde Artenschutz-Gutachten zukommen, welche erhebliche Kosten verursachen. Aber auch dieses Geld wird gut angelegt sein. Die Gutachten sind wichtig für die Ausweisung neuer Vorrangzonen und die Rechtskraft unseres sachlichen Teilflächennutzungsplanes Windkraft. Wir sind, der Energiewende geschuldet, verpflichtet der Windkraft substanziell Raum zu geben. Dies ist mehrheitlich politisch so gewollt.

Meine Damen, meine Herren,

dank des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes ist es uns möglich, einige dringend nötige energetische Sanierungen durchzuführen, so zum Beispiel in der Turnhalle Nuttlar oder im Feuerwehrgerätehaus Velmede-Bestwig. Die energetischen Sanierungen sind wichtig, da wir langfristig durch die geringeren Heizkosten sparen werden. Wir reden von einem Anteil in Höhe von 10% der Gesamtkosten, den die Gemeinde hier aufbringen muss, eine lukrative Förderung also.

Das Thema Feuerwehr ist ein gutes Stichwort, so möchte ich noch kurz darauf

eingehen. In den Jahren 2017 und 2018 stehen zwei Neubeschaffungen von Fahrzeugen an, die dringend notwendig sind und für mich, trotz ihres Ausmaßes, absolut nicht zur Diskussion stehen. Die neuen Fahrzeuge tragen dazu bei, die Sicherheit der ehrenamtlichen Einsatzkräfte und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger weiterhin zu erhalten bzw. zu erhöhen.

Ebenfalls möchte ich ein paar Worte zum Schwimmbad in Ramsbeck verlieren. Liebe Bürgerinnen und Bürger aus Ramsbeck, auch mir fällt solch eine Schließung nicht leicht. Aber wir müssen etwas tun, wir sind Haushaltssicherungskommune. Die Schließung wurde bereits 2005 im Haushaltssicherungskonzept beschlossen. Seit dem wird das Schwimmbad über ein „Konsens“ trotzdem weiter betrieben. Von Holzhammermethode kann hier also keine Rede sein, wenn ein Schwimmbad, trotz Beschluss, zehn Jahre lang weiterhin aufgrund eines „Konsens“ geöffnet bleibt. Zumal wir in Velmede ein attraktives und renoviertes Schwimmbad haben, welches ohne Probleme auch von den Schulkindern aus Ramsbeck genutzt werden kann. Und natürlich ist solch eine Schließung immer mit Emotionen verbunden. Wir dürfen Entscheidungen aber nicht anhand von Emotionen treffen, sondern müssen bei den Entscheidungen immer sachlich bleiben, so schwer das an der einen oder anderen Stelle auch sein mag.

Kritisieren möchte ich auch die geplante Erhöhung in Höhe von 10% der Entschädigungsverordnung für die kommunalen Mandatsträger. Auch wenn die Gemeindeordnung eine solch turnusmäßige Erhöhung vorsieht und der Landtag verpflichtet ist, die Erhöhung zu beschließen, bin ich der Meinung, dass wir mit unseren mindestens 103,60 € monatlich sehr gut bedient sind. Die Erhöhung bedeutet eine jährliche Mehrbelastung für die Gemeinde in Höhe von knapp 15.000 €. Das ist Geld, das wir als Haushaltssicherungskommune mit Sicherheit auch anderweitig einsetzen könnten.

Ein paar Worte noch zum Breitbandausbau, denn dieser wird immer wichtiger. Zum einen, um Gewerbebetriebe anzusiedeln bzw. zu halten, zum anderen wird es auch immer im Privatbereich wichtiger, eine leistungsfähige Breitbandversorgung anzubieten. Investitionen in den Breitbandausbau sind zweifelsohne Investitionen in die Zukunft. Der Bürgermeister hat in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.12.2015 vorgeschlagen, zunächst eine Absichtserklärung abzugeben. Direkt 100.000 € in den Haushalt einzustellen, fände ich allerdings nach langer Überlegung etwas übereilt. Die Absichtserklärung stellt einen guten Kompromiss dar. Wir zeigen den Gewerbebetrieben auch hiermit, dass es uns um einen Ausbau der Breitbandversorgung ernst ist. Den Beschluss bezüglich des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Ortsteilen Andreasberg und Berlar kann ich nur begrüßen und diesen unterstützen. Wir bekommen hier als Haushaltssicherungskommune eine 90 %ige Förderung, die wir uns nicht entgehen lassen sollten. Die Attraktivität von Berlar und Andreasberg als Wohnort wird durch eine adäquate Breitbandversorgung erheblich erhöht. Gerade junge Leute achten bei der Wahl ihres Wohnortes auch auf eine gute Breitbandversorgung.

Meine Damen und Herren,  
zum Schluss meiner Rede möchte ich mich beim Bürgermeister Ralf Péus, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung und den beiden Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit in diesem Jahr danken. Besonders bedanken möchte ich mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich für unsere Gemeinde engagieren.

Damit bin ich am Ende meiner Rede, danke Ihnen allen für die Aufmerksamkeit!

**Ratsmitglied Paul Theo Sommer** bekräftigt noch einmal die Auffassung der SPD-Fraktion, das Schwimmbad in Ramsbeck auch noch nicht im Herbst 2016 zu schließen. Im heute beschlossenen Sportstättenkonzept für den Bereich der Turn- und Schwimmhallen ist in den Erläuterungen zur Schwimmhalle Ramsbeck aufgeführt, dass, soweit der Schwimmbetrieb derzeit noch technisch sichergestellt werden kann, dieser fortgesetzt wird. Investitionen werden in die Schwimmhalle Ramsbeck nicht mehr fließen. Bei einer möglichen Schließung ist das Schulschwimmen der Wilhelmine-Lübke-Schule in der Schwimmhalle Velmede sicher zu stellen. Herr Sommer verweist auf die vorliegende Berechnung der Fahrkosten für den Transport der Ramsbecker Schulkinder zur Schwimmhalle Velmede, welche im teuersten Fall die Bewirtschaftungskosten erreichen würden. Im Fazit wird die SPD-Fraktion der Schließung der Schwimmhalle Ramsbeck nicht zustimmen, sondern möchte am heutigen Beschluss zum Sportstättenkonzept, Bereich Turn- und Schwimmhallen, festhalten.

**Bürgermeister Ralf Péus** weist darauf hin, dass im bereits erwähnten Sportstättenkonzept allerdings ebenfalls erwähnt sei, dass eine Entscheidung über die Schließung der Schwimmhalle Ramsbeck im Rahmen der jeweiligen Haushaltsberatungen getroffen wird.

**Ratsmitglied Paul Schüttler** zeigt sich überrascht über die Äußerungen der SPD-Fraktion, obwohl die Ratsvertreter der SPD-Fraktion aus Ramsbeck bei dem im Juni stattgefundenen Ortstermin (Begehung der Turn- und Schwimmhallen) nicht anwesend waren.

**Ratsmitglied Mechtild Heiken** erwidert, dass sie sich für eine Nichtteilnahme am Ortstermin nicht rechtfertigen muss. Es sei vielmehr fraglich, ob Herr Gerold die Besucherzahlen in der Schwimmhalle Velmede verbessern möchte.

**Ratsmitglied Paul Schüttler** weist darauf hin, dass nach einem von ihm mit Herrn Schulhausmeister Nölke geführten Gespräch, dieser nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst nicht mehr – auch nicht auf geringfügiger Basis – für den Betrieb des Bades zur Verfügung stehen wird.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Winfried Gerold**, weist darauf hin, dass sich der Förderverein der Schwimmhalle Velmede nicht um die Nutzung der Schwimmhalle durch die Schulen kümmert.

**Ratsmitglied Peter Eikeler** teilt mit, dass er aus rein ökonomischen Gesichtspunkten für eine direkte Schließung der Schwimmhalle Ramsbeck ist.

**Ratsmitglied Ulrich Bathen** gibt zu bedenken, dass sich aufgrund der Fahrzeiten zum Schwimmbad in Velmede (rd. 30 Minuten Hin- und Rückweg) die reine Netto-Schwimmzeit auf max. 45 Minuten beläuft.

Aufgrund der vorangegangenen Haushaltsreden ergeben sich vorab zwei Beschlussvorschläge, welche als Einzelbeschlüsse zunächst durch **Bürgermeister Ralf Péus** zur Abstimmung gebracht werden:

1. **Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt die Schließung der Schwimmhalle Ramsbeck zu Beginn der Herbstferien 2016.**

**Beschluss: 16 Ja-Stimmen  
7 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung**

2. Der Rat der Gemeinde Bestwig stimmt der Bereitstellung von 15.000 € im Haushalt 2016 als gemeindliche Co-Finanzierung für den Ausbau der Breitbandversorgung im Gewerbegebiet „Wiemecker Feld“ und „Kleiner Öhler“ durch Aufstockung des bisherigen Ansatz von 18.000 € auf 33.000 € zu.

Beschluss: 16 Ja-Stimmen  
8 Nein-Stimmen

3. Sodann ergeht folgender Beschluss zum Haushalt 2016:

Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit ihren Anlagen in der am 11.11.2015 eingebrachten Fassung und unter Berücksichtigung der in den Verw.-Vorlagen Nr. 086/2015 und 090/2015 aufgeführten Änderungen einschließlich der Erweiterung des Stellenplans um ½-Stelle (1 Stelle mit 0,5 Teilzeitarbeit) im Bürgeramt – Soziales – zunächst befristet für 2 Jahre, sowie unter Berücksichtigung der mehrheitlich gefassten Beschlüsse in der Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig am 16.12.2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Richtigkeit des Auszuges wird hiermit beglaubigt. Gleichzeitig wird bescheinigt, dass zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung vorschriftsmäßig eingeladen worden ist.

Bestwig, den 23.12.2015



Der Bürgermeister  
Im Auftrag: